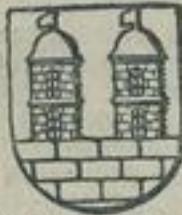


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 RM., bei Wohnbevölkerung 2 RM., zuzüglich Abnehmer- und Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben bis vor 10 Uhr. Durch Fernruf übermittelte Nachrichten werden nicht übernommen. Jeder Abnehmer ist verpflichtet, wenn der Betrag durch die Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises, die Abrechnung eingehender Beiträge erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wagenpreis: Die 8-spaltige Nummer 20 Kpl., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 80 Kpl., die 3-spaltige Reklameseite im täglichen Teil 1 Reichsmark. Hochwertige Druckarbeiten sind möglich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben bis vor 10 Uhr. Durch Fernruf übermittelte Nachrichten werden nicht übernommen. Jeder Abnehmer ist verpflichtet, wenn der Betrag durch die Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises, die Abrechnung eingehender Beiträge erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 91 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag, den 17. April 1930

Der neue Reichsetat.

„Spät kommt er, doch er kommt!“ — der Voranschlag über den Reichshaushalt des Jahres 1930, das — als Etatsjahr — bis zum 31. März 1931 reicht. Auf dem Wege zur Beratung und Beschlussfassung durch Reichsregierung, Reichsrat und schließlich durch den Reichstag ist er schon seit Monaten gewesen, aber immer wieder stellten sich ihm neue Hindernisse in diesen Weg, wurde seine Behandlung hinausgeschoben, weil man sich erst über die Mittel einigen mußte, die das in ihm liegende Defizit beseitigen sollten. Es ist allerdings sehr die Frage, ob das gelingen wird.

Wenn der Herbst hereinbricht, dann rührt sich's bei den Reichsbehörden mit besonderem Eifer: der Etat wird entworfen. Und das ist wirklich keine leichte Arbeit, denn es gilt ja nicht bloß die Höhe der zukünftigen Ausgaben festzustellen — die aber z. B. wie die Personalausgaben für die Beamtengehälter gesetzlich bestimmt sind —, sondern auch ungefähr abzuschätzen, wie hoch die kommenden Einnahmen sein werden. Schwierig genug, mit einiger Genauigkeit voraussehen und voraussetzen zu sollen, ob nicht in anderthalb Jahren die Wirtschaft — und damit auch die Finanzlage eine ganz andere sein wird und dann natürlich die Einnahmen längst nicht die angelegte Höhe erreichen, das Defizit sich einstellt. Und infolgedessen in der Volkswirtschaft erheblicher Schaden geschlagen wird. Immerhin gibt es dann die zwar unangenehme, aber das entstandene Loch zuspätpfende Verlegenheitslösung des Nachtragsetats.

Aus den unteren Behörden fließen dann die Etatsaufstellungen für Einnahmen und Ausgaben bei den Mittelbehörden zusammen und nun arbeitet mit heftiger Eifer der Reichsministerpräsident — Reichsministerpräsident — über den schon Bismarck laut genug sagte — restlos als „unumgänglich notwendig“ zu betrachten pflegt. Die vorgelegte Behörde ist allerdings oft ganz anderer Meinung; denn hier macht sich schon der Dribbel von „oben“ her geltend, seitdem die Verwaltungsbehörden nicht mehr „in Schwimmbad“ wie noch 1924 und 1925. Man spart und schränkt ein, wo es nur geht, — aber auch hier ist der Reformpatriotismus durchaus nicht radikal aus den Amtsstuben verbannt.

Aber die Etatsabteilungen der Ministerien, wo die eifrige Verwendung des Reichsministeriums geschieht, werden die Voranschläge an das Reichsfinanzministerium geleitet, und dort sitzen nun die gewichtigsten „Etatstücker“. Aber auch bei ihnen geht es bisweilen nicht ohne recht erhebliche Irrtümer ab, noch mehr, wenn nun erst namentlich die Reichstagsabgeordneten den Etat unter die Finger kriegen. Denn hier ereignet es sich gar nicht selten, daß der Reichshaushalt in das Profiteßbett politischer Absichten gespannt, daß er „balanciert“ wird in Einnahmen und Ausgaben, doch nur, um diese „Balance“ sehr bald zu verlieren. Aber dann versucht man ihn eben wieder mit einem Nachtrag auf das Ziel hinaufzuheben, auf dem er seinen nicht gerade leichten Weg machen muß. Und wenn der Etat glücklich bis zum 31. März sein beängstigtes Leben gehabt hat, dann stehen ihm noch zwei Kontrollen bevor: der Reichstag prüft die Abrechnungen, vor allem aber versucht der Rechnungshof des Deutschen Reiches bis in die letzten Winkel des Haushaltes zu blicken, Staatsüberschreitungen oder unnötige, unwirtschaftliche Ausgaben festzustellen, die dann vor dem Reichstag dem zuständigen Reformminister einige nicht gerade angenehme Minuten zu bereiten pflegen.

Bei der Etatsberatung im Reichstag herrscht natürlich „Arbeitssteigerung“, denn die zwei dicken Bände des Reichshaushalts bis in die Einzelheiten zu beherrschen, überflüssig auch die Kräfte des Reichstages. Es handelt sich in dem neuen Etat um eine Summe von mehr als elf Milliarden in Ausgaben und — hoffentlich — Einnahmen. 1924 waren es noch vier Milliarden weniger, aber schon 1927 stand der Etat vor der Zehnmilliardengrenze, die er jetzt mit einem großen Schritt so sehr hinter sich gelassen hat, daß auch die für das nächste Jahr angekündigte Ausgabensteigerung in Höhe von 600 Millionen ihn nicht wieder unter die zehn Milliarden heruntersinken kann. Etwa ein Drittel der Einnahmen des Reiches wird ja an die Länder und von diesen wieder ein Teil an die Kommunen überwiesen; denn sie sind ja heute „Kostgänger des Reiches“, nicht umgekehrt wie früher, als noch das System der Matrikularbeiträge bestand.

Andererseits wie in einem privatwirtschaftlichen Betrieb erfolgt im Reich, ebenso wie in den Ländern und Gemeinden, die Haushaltsfeststellung: Ausgangspunkt sind die Kosten der Verwaltung, die durch entsprechend hohe, erforderlichenfalls zu erhöhende Einnahmen gedeckt werden müssen. Darin liegt natürlich eine Gefahr und vornehmliches Recht, aber auch höchste Pflicht der Volkswirtschaft ist es, die wirkliche Notwendigkeit der Ausgaben aufs schärfste zu prüfen. Leider ist aber der Etat auch in diesem Jahr wieder — ohne daß man die Schuldfrage zu berühren braucht — dem Reichsrat und dem Reichstag so spät vorgelegt worden, daß seine Erledigung bis zum 1. April nicht erfolgte und die Verlesung nahe liegt, ihn möglichst rasch „durchzupeitschen“. Es sind doch Riesenzahlen, Riesensummen, um die es sich handelt, und wenn man allein auf die „unmittelbaren und mittelbaren Kriegsfolgen“ sieht, so findet man hierfür Ausgaben im

Der Etat 1930 vor dem Reichsrat

Reichsrat für Panzerkreuzer B.

Doppelvorlage im Reichstag?

Mittwoch beschäftigte sich das Plenum des Reichsrats mit dem aufgestellten Haushaltsplan des Reiches für 1930. Dabei spielten eine hervorragende Rolle die Erwägungen über den bekanntlich bisher zurückgestellten Bau des Panzerkreuzers B, einem Schwesterschiff des im Aufbau begriffenen „Ersatz Preußen“ (Panzerkreuzer A).

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats hatten einen Antrag des deutschnationalen Vertreters der Provinz Ostpreußen, von Gahl, angenommen, der die Inangriffnahme des Panzerkreuzers B bezweckt. Der Etat für 1930 soll die erste Rate in einer Höhe von 2,9 Millionen Mark enthalten. Reichswehrminister Gröner begrüßte in der Ausschuss-Sitzung den Antrag und soll mitgeteilt haben, auch Reichsfinanzminister Brüning siede der Bewilligung sympathisch gegenüber.

Der Reichsrat stimmte nun der Einstellung von 2,9 Millionen Mark als erste Rate für den Panzerkreuzer B zu. Es lag ein Antrag Preußens vor, den Beschluß der Ausschüsse abzulehnen. Der preussische Antrag wurde bei fünf Enthaltungen mit Stimmengleichheit — 29:29 — abgelehnt. Die 2,9 Millionen für die erste Rate sind also bewilligt. Das Kabinett, das Mittwochabend zusammentritt, soll sich darüber schlüssig werden müssen, ob es den Beschluß des Reichsrats annimmt oder eine Doppelvorlage im Reichstag einbringt.

Gegen den preussischen Antrag stimmten die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, der Rheinprovinz, Bayerns, der Provinz Sachsen, Thüringens, von Mecklenburg-Schwerin und Oldenburg. Enthaltungen haben sich die Vertreter der Grenzmark, von Oberschlesien, Württemberg, Bremen und Mecklenburg-Strelitz.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

gab in der Kreuzerfrage eine Erklärung ab, welche die Auffassung der neuen Regierung wiedergibt. Der Minister sagte, die Reichsregierung habe in ihrer Erklärung vom 1. d. M. betont, daß sie den noch von der früheren Reichsregierung aufgestellten Entwurf eines Haushaltsplanes in allen seinen Teilen übernehme und dafür sorgen werde, daß insbesondere die Arbeiten des Reichsrats in Erledigung dieses Haushaltsplans keine Störung erfahren sollten. Aus dieser offiziellen Erklärung, die sich auf den gesamten Haushalt beziehe, gehe auch die offizielle Einstellung zu allen einzelnen Etatspositionen klar hervor.

Die Reichsregierung und der Reichstanzler beabsichtigen daher nicht, hinsichtlich etwaiger Abänderungen dieses Haushalts eine auch nur irgendwie geartete Initiative zu ergreifen oder eine Beeinflussung auszuüben. Erst nachdem der Reichsrat zu dem Reichshaushaltsplan endgültig Stellung genommen habe, wird es Sache der Reichsregierung sein, sich wegen der Frage einer etwaigen

Gesamtbetrag von 3,8 Milliarden. Und für unsere 100 000 Mann Reichswehr, für die Reichsmarine gibt Deutschland 771 Millionen — 50 Millionen mehr als im Vorjahr — aus, für soziale Zwecke allerdings bedeutend mehr, nämlich etwa eine Milliarde, wozu ja noch die ungefähr fünf Milliarden kommen, die den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung von den Arbeitgebern und -nehmern direkt zugeleitet werden.

1913 war der Finanzbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden insgesamt 7,2 Milliarden; heute ist er etwa dreimal so hoch!

Die glückliche Spanienreise.

Deutsche Luftfahrerkonzeption in Spanien.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das am Dienstag nachmittag bei strömendem Regen in Friedrichshafen zu seiner Spanienfahrt aufstieg, war, ist am Mittwoch nachmittag kurz nach 2 Uhr über Sevilla erschienen. Die Landung war sehr schwierig, da ein Ankerkast für das Luftschiff nicht vorhanden war, so daß andere Hilfsmittel in Anspruch genommen werden mußten, um die Passagiere, deren Reiseziel in Spanien beendet war, auszubooten.

Aus ganz Spanien sowie aus Spanisch- und Französisch-Marokko waren viele Flugzeuge mit hochgestellten Persönlichkeiten eingetroffen, um der Landung des „Graf Zeppelin“ beizuwohnen. Ganz Sevilla war überfüllt, da der Fremdenzufluß zur heiligen Woche in Sevilla in diesem Jahre besonders stark ist und der Zeppelin eine weitere große Anziehung bildete.

König Alfons von Spanien,

der bei seiner Ankunft in Sevilla besonders auffällig gefeiert wurde, interessierte sich sehr für den Zeppelinflug

Doppelvorlage bei der einen oder anderen Frage erneut mit dem Reichshaushaltsplan zu beschäftigen.

Namens der Reichsregierung, fuhr Dr. Moldenhauer fort, die entsprechend der von mir nochmals in Erinnerung gerufenen Regierungserklärung vom 1. d. M. auf dem Boden des ihr vorliegenden Reichshaushaltsplans steht, darf ich dabei die Bitte an den Reichsrat richten, nach eigenem besten Wissen und nach rein sachlichen Erwägungen abschließend Stellung nehmen zu wollen und sich insbesondere in seiner Weise von der Reichsregierung beeinflussen zu lassen.

Zum Gesamtetat

sprach der Berichterstatter Ministerialdirektor Dr. Bracht. Die Gesamtausgaben seien gegenüber 1929 um 354,8 Millionen Mark gestiegen. Die Gesamteinnahmen betrügen 11 277,6 Millionen. Die Reichsratsausschüsse hätten die Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete spätestens bis 1. Oktober dieses Jahres beschlossen. Im Hinblick an die bereits bewilligten 10 Millionen sei ein Bestfonds von weiteren 10 Millionen bewilligt worden, daneben für kulturelle Fürsorge der besetzten Gebiete und andere Zwecke 2,4 Millionen. Auch ein Bestfonds von 22 Millionen sei bewilligt worden. In weiterer Ausführung des vorjährigen Gesetzes für Ostpreußen seien 2,3 Millionen, für die östliche und nördliche Wohnbevölkerung 12 Millionen und zur Verbindung des Ausfalls an Umschuldungskrediten eine Million vorgesehen. Für die Auszubehaltung der Leipziger Messe seien 800 000 Mark, für die Technische Hochschule weitere 300 000 Mark und für Kinderpflege eine Million eingesetzt worden. Auf der Einnahmenseite seien die neuen Gesetze zugrunde gelegt worden.

Vorlage eines Ausgabenreduzierungsgesetzes.

Im weiteren Verlauf der Reichsrats-Sitzung wurde ein bayerischer Antrag auf Berücksichtigung der bayerischen Grenzgebiete mit 35:31 Stimmen abgelehnt; ebenso weitere Grenzblitzgesetze.

In seiner Schlussansprache kündigte Finanzminister Dr. Moldenhauer an, daß die Regierung nach Ostern den Entwurf eines Ausgabenreduzierungsgesetzes vorlegen werde und auf die schnelle Verabschiedung besonderen Wert lege.

Reichsregierung und Panzerkreuzer.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

Unter Vorsitz des Reichstanzlers Dr. Brüning fand am Mittwoch nachmittag in der Reichskanzlei die letzte Kabinettsitzung vor der Osterpause statt. Das Reichskabinett beschäftigte sich neben einer größeren Anzahl laufender Fragen, in erster Linie mit dem am Mittwoch vom Reichsrat verabschiedeten Haushaltsplan für das Jahr 1930. Hinsichtlich der vom Reichsrat bewilligten 1 Million Reichsmark für Kinderpflege und der an Stelle anderer Ausgaben des Marineetat's eingesetzten ersten Rate für das Panzerschiff B beschloß das Reichskabinett, die Reichsratsbeschlüsse dem Reichstage als Grundlage seiner Beratungen zuzuleiten.

und ließ sich fortlaufend Bericht erstatten. Eine gewaltige Menschenmenge hatte sich versammelt.

Der glücklich durchgeführte Flug des „Graf Zeppelin“ hat für die Zeppelinwerke einen schönen Erfolg gebracht. Der spanische Minister hat nunmehr beschlossen, den von deutscher Seite gewünschten Konzessionen zur Errichtung von Luftpostlinien Barcelona—Cadix—Sevilla und Sevilla—Kanarische Inseln zuzustimmen. Außerdem sagte der Minister dem Reichsrat, etwaige künftige deutsche Bestrebungen, diese Luftlinie bis Amerika zu verlängern, zu unterstützen. Als Ausgleich für die Genehmigung der deutschen Flugkonzession hat Spanien Beteiligung an den deutschen Plänen einer Luftverkehrsverbindung mit Amerika gefordert.

Die Landung in Sevilla

Madrid, 16. April. Unter dem Jubel der unübersehbaren Menschenmenge ließ „Graf Zeppelin“ um 17.40 Uhr das erste Salvetau über dem Flughafen von Sevilla fallen. Wenige Minuten später war die Landung glatt vollzogen. Die Menge klopfte begeistert Beifall. Zahllose Hochrufe auf Deutschland und den Zeppelin erklangen. In Begleitung des deutschen Botschafters besichtigten der König und die Königin von Spanien das Luftschiff. Sie zeigten größtes Interesse für die Einrichtung des Luftriesen und sprachen dem Führer und der Besatzung ihre volle Anerkennung aus. Wie groß das Interesse für den Zeppelin ist, geht daraus hervor, daß Schaustütze aus allen Teilen des Landes nach Sevilla gekommen sind. In der Nähe des Flugplatzes parkten über 4000 Automobile. Um 18.40 Uhr stieg das Luftschiff wieder auf, umkreiste noch einmal den Flugplatz und flog dann in großer Höhe davon. Der Besuch des deutschen Luftschiffes hat in Spanien sehr großen Eindruck gemacht. Überall gab die Bevölkerung ihrer Freude lebhaften Ausdruck.